

Antragsteller
---------------

PLZ, Ort, Datum	
Telefon-Nr. des Antragstellers	Telefax-Nr. des Antragstellers
Handy-Nr. des Antragstellers	

<p><b>Landratsamt Coburg</b>  <b>Untere Straßenverkehrsbehörde</b>  <b>Lauterer Str. 60</b>  <b>96450 Coburg</b></p>
--

**Antrag auf Erteilung  
einer Erlaubnis von  
Zuverlässigkeitsfahrten,  
Orientierungsfahrten, Rallyes u.ä.  
auf öffentlichen Straßen gemäß § 29 StVO**

mit Sonderprüfungen

ohne Sonderprüfungen

Name und Anschrift des Veranstalters		
ggf. vertreten durch		
Name der/des Verantwortlichen	Telefon-Nr. der/des Verantwortlichen	Handy-Nr. der/des Verantwortlichen

Bezeichnung der Veranstaltung	
Art der Veranstaltung (z. B. Rallye, Orientierungsfahrt, usw.)	
Beabsichtigte Durchführung in der Zeit vom (Datum, Uhrzeit) bis (Datum, Uhrzeit)	
Zahl der voraussichtlich teilnehmenden Fahrzeuge (Schätzung)	Startweise
Start (Datum, Uhrzeit, Ort)	
Ziel (Datum, Uhrzeit, Ort)	
Fahrtstrecke (km)	Bereich (Landkreis, Stadt, Gemeinde)

**Sonderprüfungen** (z. B. Sprintprüfungen, Brems- und Beschleunigungsprüfungen, Slaloms, Spezialetappen)

a)	Art der Sonderprüfung	Datum	Uhrzeit (von - bis)
	Straße(n), Ort, Landkreis		
b)	Art der Sonderprüfung	Datum	Uhrzeit (von - bis)
	Straße(n), Ort, Landkreis		
c)	Art der Sonderprüfung	Datum	Uhrzeit (von - bis)
	Straße(n), Ort, Landkreis		
d)	Art der Sonderprüfung	Datum	Uhrzeit (von - bis)
	Straße(n), Ort, Landkreis		

Ist ein Betanken der Fahrzeuge außerhalb von öffentlichen Tankstellen zugelassen bzw. möglich? Wenn ja, geben Sie bitte den Ort und die Sicherungsmaßnahmen an!	
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja,
Sind Reparaturen der Fahrzeuge zugelassen bzw. möglich? Wenn ja, in welchen Umfang (kleine Reparaturen, wie z. B. Reifenwechsel, Glühbirne, oder größere Reparaturen) und an welchen Orten!	
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja,

- Gleichzeitig wird beantragt, die Strecke für die Sonderprüfungen in der fraglichen Zeit für den öffentlichen Verkehr zu sperren. Alles Weitere kann dem beigefügten Entwurf der Ausschreibung der Veranstaltung entnommen werden.

Dem Antrag sind folgende Unterlagen beigefügt:

- a)  Anlage 1 **Entwurf der Ausschreibung der Veranstaltung** \_\_\_\_\_ fach
- b)  Anlage 2 **Motorsportliche Genehmigung** der Dachorganisation des Veranstalters  
(Diese Genehmigung kann, soweit erforderlich, nachgereicht werden; sie muss jedoch spätestens einem Monat vor Beginn der Veranstaltung bei der Erlaubnisbehörde vorliegen.)
- c)  Anlage 3 **Streckenplan** über den Verlauf der Sonderprüfungsstrecke(n) mit Angabe des Start- und Zielortes, Zahl und Einsatzorte der Ordner sowie der vorgesehenen Schutzmaßnahmen der Zuschauer (Papierversion + digital, jew. in hoher Auflösung)
- d)  Anlage 4 **Beschilderungsplan/pläne** für die Sperrung der Sonderprüfungsstrecke(n) und der Umleitungsstrecke(n), wenn (eine) Umleitung(en) erforderlich wird/werden
- e)  Anlage 5 **Strecken- und Zeitplan** über den Verlauf der Fahrtroute  
(mit Karte im Maßstab von mindestens 1:200.000, Papierversion + digital, jew. in hoher Auflösung)
- f)  Anlage 6 **Erklärung** des Veranstalters über seine Bereitschaft zum Abschluss der erforderlichen Haftpflichtversicherung einschließlich einer Unfallversicherung für Zuschauer
- g)  Anlage 7 **Bestätigung** der Versicherungsgesellschaft über ihre Bereitschaft, den erforderlichen Versicherungsschutz zu gewähren, einschließlich Unfallversicherungsschutz für Zuschauer

Definierte Angaben über Art und Verlauf der Motorsportveranstaltung <sup>\*)</sup>

Wettbewerbstitel:

- Rennveranstaltung** (z. B. Rennen, Rallye, Slalom, Sprints)
- Orientierungsfahrt** (z. B. Rallye, Ausfahrt, Zuverlässigkeitsfahrt)
- Oldtimerveranstaltung** (z. B. Rallye, Ausfahrt, Zuverlässigkeitsfahrt)

Prüfungsmodalitäten:

- Mit** Sonderprüfungen (Bestzeitcharakterprüfungen, auch Gleichmäßigkeitsprüfungen)
- Ohne** Sonderprüfungen (Keine Zeitfaktoren, aber mit Sonderwertungen)

Sonderwertungen wie:

- Orientierungswertungen** (z. B. verschlüsselte Strecke, Kontrolltafeln, Kartenausschnitte, Chinesenzeichen, u.a.)
- Geschicklichkeitswertungen** (z. B. Gatterfahren, Abstand, Schätzaufgaben, u.a.)
- Suchfahrten** (z. B. Bilder-, Zahlen-, Buchstabensuche, Rätselaufgaben, u.a.)
- Ohne jegliche Sonderwertungen** (Fahrzeugschauen, -ausfahrten, Bewegungsfahrten aus historischem Anlass)

<sup>\*)</sup> Zutreffendes bitte ankreuzen

Unterschrift des verantwortlichen Antragstellers
Name in Druckschrift oder Stempel

**Stellungnahme der Stadt/Gemeinde:**

Die Stadt/Gemeinde ist mit der beantragten Veranstaltung einverstanden.

**Einvernehmen der Stadt/Gemeinde für die Beschaffung, die Aufstellung und das Entfernen von Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen, die im Rahmen einer Veranstaltung erforderlich werden sowie für den Einsatz der Feuerwehr bei Veranstaltungen**

- Die Stadt/Gemeinde \_\_\_\_\_ erklärt sich nach § 45 Abs. 5 StVO bereit, für die beantragte Veranstaltung die erforderlichen Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen auch für das qualifizierte Straßennetz zu beschaffen, anzubringen, zu unterhalten und zu entfernen.
  
- Die Stadt/Gemeinde \_\_\_\_\_ ist damit einverstanden, dass die Freiwillige Feuerwehr \_\_\_\_\_ für die beantragte Veranstaltung eingesetzt werden kann. Die Feuerwehr darf nach Art. 7 a des Gesetzes über Zuständigkeiten im Verkehrswesen (ZustGVerk) die Absicherung der Veranstaltung nach der Veranstaltungserlaubnis/verkehrsrechtlichen Anordnung übernehmen.

PLZ, Ort, Datum	Unterschrift/Stempel der Stadt/Gemeinde
-----------------	---

## Veranstaltererklärung

Veranstalter
Ort, Datum

### Hinsichtlich der von mir beantragten Veranstaltung

Art und Datum der Veranstaltung,
----------------------------------

erkläre ich Folgendes:

1. Mir ist bekannt, dass die Veranstaltung eine Sondernutzung im Sinne des § 8 Bundesfernstraßengesetz (FStrG) bzw. Art. 18 des Bayer. Straßen- und Wegegesetzes (BayStrWG) darstellt und ich als Erlaubnisnehmer alle Kosten zu ersetzen haben, die dem Träger der Straßenbaulast durch die Sondernutzung entstehen.
2. Mir ist bekannt, dass der Träger der Straßenbaulast und die Straßenverkehrsbehörde keinerlei Gewähr dafür übernehmen, dass die Straßen samt Zubehör durch die Sondernutzung uneingeschränkt benutzt werden können. Den Träger der Straßenbaulast trifft im Rahmen der Sondernutzung keinerlei Haftung wegen Verletzung der Verkehrssicherungspflicht.
3. Soweit die zuständigen Behörden aus Anlass der Veranstaltung Aufwendungen für besondere Maßnahmen verlangen können, verpflichte ich mich diese zu erstatten.
4. Über den nach der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zu § 29 Abs. 2 StVO für Veranstaltungen vorgeschriebenen Umfang von Haftpflichtversicherungen sowie ggf. notwendigen Unfallversicherungsschutz bin ich informiert. Mir ist bekannt, dass es sich bei den in der vorgenannten Verwaltungsvorschrift aufgeführten Versicherungssummen lediglich um Mindestversicherungssummen handelt. Eine Bestätigung zu dem von der Erlaubnisbehörde verlangten Versicherungsschutz stelle ich zur Verfügung bzw. habe ich bereits zur Verfügung gestellt. Mir ist bekannt, dass ohne eine solche Bestätigung die Erlaubnis nicht erteilt werden kann.

Unterschrift
Name in Druckschrift oder Stempel

## Erklärung über die Freistellung von Ansprüchen

Veranstalter
Ort, Datum

### Hinsichtlich der von uns beantragten Veranstaltung

Art und Datum der Veranstaltung,
----------------------------------

erklären wir uns bereit:

1. Den Bund, das Land/die Länder, die Städte, die Landkreise, die Gemeinden und sonstige Körperschaften des öffentlichen Rechts von allen Ersatzansprüchen freizustellen, die aus Anlass der Veranstaltung auf Grund gesetzlicher Haftungsbestimmungen von Teilnehmern oder Dritten erhoben werden.
2. Über die gesetzliche Schadensersatzpflicht hinaus verpflichten wir uns, die Wiedergutmachung aller Schäden zu übernehmen, die - auch ohne eigenes Verschulden - von Teilnehmern durch die Veranstaltung oder aus Anlass ihrer Durchführung an den zu benutzenden Straßen einschließlich der Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen sowie an Grundstücken (Flurschäden) entstehen.

Ebenso unberührt bleiben der Kostenersatz für besondere Maßnahmen der Straßenverkehrs- und Straßenbaubehörden (Baulastträger, Wegeeigentümer, Unterhaltungspflichtiger) und die Geltendmachung von Sondernutzungsgebühren.

3. Darüber hinaus stehen uns und den Teilnehmern keinerlei Schadensersatzansprüche gegen den Straßenbaulastträger (Straßenbaubehörde, Wegeeigentümer) zu für Schäden, deren Ursache auf die Beschaffenheit der bei der Veranstaltung zu benutzenden Straßen samt Zubehör zurückgeführt werden kann. Die Straßenbaulastträger, Wegeeigentümer und Erlaubnisbehörden übernehmen keine Gewähr für die uneingeschränkte Benutzung der Straße.

Unterschrift
Name in Druckschrift oder Stempel

## **Hinweis nach Artikel 13 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) zur Erhebung personenbezogener Daten**

### **1. Anlass der Erhebung**

Wir haben Daten von Ihnen im Zuge eines Antrags § 29 Abs.2 StVO, § 29 Abs. 3 StVO, nach § 45 Abs. 6 StVO oder nach § 46 Abs.1 StVO erhoben.

### **2. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen**

Verantwortlich für die Datenerhebung ist das  
Landratsamt Coburg  
Lauterer Str. 60, 96450 Coburg  
landratsamt@landkreis-coburg.de  
09561/514-0

### **3. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten**

Frau Nicola Steffen-Rohrbeck  
Landratsamt Coburg, Lauterer Str. 60, 96450 Coburg,  
datenschutz@landkreis-coburg.de, 09561/514-5380

### **4. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung**

#### **4a) Zwecke der Verarbeitung:**

Ihre Daten werden dafür erhoben:

- Erteilung von Erlaubnissen / Genehmigungen nach StVO inkl. Anhörverfahren

#### **4b) Rechtsgrundlagen der Verarbeitung**

Ihre Daten werden auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 bis 3 DSGVO in Verbindung mit Art. 4 Abs. 1 BayDSG und StVG sowie VwV-StVO verarbeitet.

### **5. Quelle der Daten**

Ihre Daten haben wir gemäß Ihrem Antrag erhoben.

### **6. Kategorien der personenbezogenen Daten, die verarbeitet werden**

Die öffentliche Stelle verarbeitet folgende personenbezogene Daten von Ihnen:

- Kontaktdaten (Name, Vorname, Name und Rechtsform des Unternehmens, Telefon, Fax, Email, Anschriften)
- Fahrzeugdaten
- weitere Antragsdaten (u.a. § 70 StVZO-Ausnahmegenehmigung) soweit zur Bearbeitung notwendig

### **7. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten**

Ihre personenbezogenen Daten werden weitergegeben an:

- Straßenbaulastträger, Gemeinden, Städte, Landkreise, zuständige Landesbehörden und Bundesbehörden,

- ÖPNV,
  - Polizei, Institutionen für Sicherheit und Ordnung (Feuerwehr etc.),
  - Auftragsverarbeiter (u.a. Hessen-Mobil Straßen- und Verkehrsmanagement für VEMAGS-Modul, EDV-Auftragsverarbeiter)
- 

## 8. Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland

---

Es ist nicht geplant, Ihre personenbezogenen Daten an Drittländer zu übermitteln.

---

## 9. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

---

Ihre Daten werden nach der Erhebung *längstens 10 Jahre* gespeichert.

---

## 10. . Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO).

Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO).

Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO).

Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz.

---

## 11. Widerrufsrecht bei Einwilligung

Wenn Sie in die Verarbeitung durch das Landratsamt Coburg durch entsprechende Erklärung (Antragstellung) eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.

---